

Erhalten wird... „Der Weltfrieden“, „Wohlfühlerei“, „Technische Rundschau“, „Sportwelt“, „L.L.R.“, „Haus der Frauen“, „Wagners...“



Interessante und überraschende Meldungen in Ost-Berlin: Papierpetition SW 19, Jerusalem... (List of names and addresses)

Berliner Tageblatt

Nr. 403

und Handels-Zeitung

Mittwoch, 29. August 1923 52. Jahrgang

Die belgische Antwort.

Die vermittelnde Absicht Belgiens.

Für beträchtliche Herabsetzung des Londoner Mittels. — Mögliche eine Konferenz, aber Unterhaltungen! (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 28. August.

Der Wortlaut der belgischen Antwort auf die englische Note vom 11. August ist heute vormittag 10 Uhr durch das amtliche Bureau in Paris veröffentlicht worden. Die Antiforderung einiger Pariser Morgenszeitungen, daß die Bekanntgabe erst am Mittwoch erfolgen solle, war nicht richtig. Es wird aber begrifflich, daß die französische Regierung den belgischen Schriftsatz nicht in die Welt hinausgehen lassen wollte, ohne vorher die Presse über die Anschauungen des Quai d'Orsay zu unterrichten. Denn die Antwort der Herren Poincaré und Briand enthält förmlich die von den Pariser Regierungszeitungen etwas vorzeitig angekündigte vollkommene Billigung des französischen Standpunktes in der Ruhrfrage. Daß der Begleitbrief freundlich abgefaßt ist, und daß alle Bemerkungen des langen Schriftsatzes den Wunsch betonen, die Neutralität des mächtigen französischen Bundesgenossen zu sichern, ist selbstverständlich, daß es beinahe eine vergebliche Mühseligkeit ist, wenn auf diese konventionelle Notwendigkeit in der Mittagszeit, „Information“ noch ausdrücklich hingewiesen wird. Eine genaue Prüfung der belgischen Darlegungen zeigt aber sehr deutlich, daß der Standpunkt Belgiens von dem englischen der englischen Regierung erheblich weniger weit entfernt ist als von dem jeden Sonntag neu festgelegten Aufsatze Poincarés. Die belgischen Minister erklären es als ein Hauptverständnis, daß Belgien nach der englischen Auffassung der Vorfrage einer gemeinsamen Antwort an Deutschland nicht geantwortet haben soll. In dem Briefe vom 30. Juli habe die belgische Regierung ausdrücklich erklärt, daß nach ihrer Meinung eine Verständigung über die gemeinsame Antwort sich leicht herstellen ließe, wenn die belgischen Anregungen freundlich aufgenommen würden. Auch über die Art dieser Anregungen wird eine Erklärung gegeben, die von dem Ton des Ministerpräsidenten Poincaré stark abweicht. Belgien betrachte seine Wünsche als ein Kompromiß, nicht aber als eine im voraus anzunehmende Bedingung. Es wird ausdrücklich gesagt, eine solche Auffassung liege der belgischen Regierung fern. Die Bemerkungen über die Verantwortung für dieses letzte Bemühen, die Verantwortung für dieses Unternehmen abzulehnen und sich durch die Berufung auf den größeren Bundesgenossen zu bedecken. Die Inangriffnahme der Ruhrbesetzung wird nach französischem Muster durch den Hinweis auf das Abkommen von Spa und die früheren englischen Erklärungen bestritten. Es wird aber mit Entschiedenheit die Annahme zurückgewiesen, daß Belgien auch dann nicht die Ruhrbesetzung ausführen lassen würde, wenn andere und vorteilhaftere Garantien gefunden werden könnten als die Beschaffung. Die belgische Regierung, heißt es weiter, werde glänzend sein, wenn nach der Beendigung des passiven Widerstandes eine Garantie unter der Kontrolle aller Verbündeten gefunden werden könne. Dieser Satz ist ziemlich das einzige, was über den passiven Widerstand in dem belgischen Schriftsatz zu finden ist. Nur noch an einer anderen Stelle wird kurz gesagt, daß der von der belgischen Regierung proklamierte (1) Widerstand die friedlichen Anordnungen für die geplante technische Mission abgeändert habe. Jede Anregung der englischen Regierung für eine neue und bessere Garantie solle gemeinsam geprüft werden. Weiterhin heißt es, und deshalb sei es genötigt, die belgischen Garantien festzuhalten, die es in Besitz genommen hat. Gegen einfache deutsche Versprechungen könne die Räumung des besetzten Gebietes freilich nicht erfolgen. Es sei notwendig, daß Deutschland tatsächlich an die Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen gehe. Aus allen diesen Sätzen klingt der Wunsch hervor, zwischen Frankreich und England zu vermitteln. Noch klarer wird der Intention in den Stellen vernehmlich, welche die geringe Beteiligung Belgiens über die bisher mit der Besetzung erzielten Ergebnisse erkennen läßt. Es wird dann gesagt, Belgien habe an dem Einmarsch teilgenommen, weil die Reparationskommission feststellte, daß Deutschland seine belgische Regierung sich für bereit und willig einzusetzen. Dieser ruhige Ton, der jede Beliebigkeit und jede Bedrohung vermeidet, klingt anders als die Formel, die Poincaré, „Beacht uns oder wir bleiben an der Ruhr!“ Auch weiterhin werden über die belgischen Ansprüche in den langen Berechnungen der belgischen Interessen findet sich trotz der Verteidigung der belgischen Interessen mander Satz, der die Möglichkeit der Verständigung offen läßt. Während die französische Regierung die am 5. Mai 1921 diffinierte Forderung an Deutschland grundsätzlich aufrecht erhält, 1921 diffinierte Forderung der ergänzenden Erklärung der belgischen Note, daß die Schuldsumme, die am 5. Mai 1921 festgelegt wurde, beträchtlich herabgesetzt werden könne. Nach der Auffassung der belgischen Minister sollen die Zahlungen den Verbündeten im Verhältnis der erstellten Verantwortlichkeiten verteilt werden. Belgien werde davon mehr

erhalten, als ihm bisher zugebilligt worden ist. Aber in dieser Berechnung Belgiens zeigt sich die ganze Unmöglichkeit der kostspieligen Ruhraktion, welche die belgische Regierung im Anschluß an Frankreich unternommen hat, um ihre Forderungen einzutreiben: 6,5 Milliarden Goldmark, also ein Betrag, den selbst das verarmte Deutschland ohne Schwierigkeit aufbringen könnte, würden genügen, um Belgien Ansprüche zu befriedigen. Und darum wird Deutschland ruiniert und Europas Frieden bedroht! Im Schlußabsatz tritt die belgische Regierung für freundschaftliche und diskrete Verhandlungen für Verbündeten ein, „da der Augenblick gekommen ist, die bisherige Prozedur zu ändern“. Die englische Regierung habe eine ähnliche Idee geäußert. Die französische Regierung wünsche „diskretere Verhandlungen“. Belgien verweist auch hier zu vermitteln. Es schließt sich beiden Ansichten an, und glaubt die Lösung zu finden, indem es „nicht eine Konferenz, sondern Unterhaltungen“ vorschlägt, was allerdings, genauer betrachtet, nur ein Spiel mit Worten ist. Das ist in kurzer Zusammenfassung der wesentliche Sinn der belgischen Note. Die Pariser Abendblätter betonen den freundschaftlichen Ton und die klare Ausdruckweise des belgischen Schriftsatzes. Im übrigen suchen sie sich aus der reichhaltigen Schriftsätze die Trauben heraus, die am wenigsten sauer sind. Trotz aller Vorbehalte spricht aber der „Temps“ starke Bedenken gegen die in der Note erwähnte Idee einer Finanzkontrolle aus, welche er für unnütz und für undurchführbar hält. Ebenso wie in allen anderen französischen Zeitungen, aber doch mit größerer Vorliebe, wird im „Temps“ gesagt, daß die französische Regierung mit dem Inhalt der Note zufrieden sei. Die Schwierigkeiten seien nicht durch Frankreich, sondern durch England herbeigeführt. In Englands Macht liege es, die Hindernisse für eine Verständigung zu beseitigen.

Kühle Aufnahme in England.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 28. August.

Der Inhalt der belgischen Note wird von den heutigen Abendblättern in großen ausweitungsfähigen Auszügen mitgeteilt. Die Note wird augenblicklich auf dem auswärtigen Amt überlegt, und soll dann sofort Baldwin und Lord Curzon sowie den Sachverständigen der Regierung, und zwar vor allem den Finanzsachverständigen zur Prüfung übermittleit werden. Ein Kabinettsrat wird, wie weiter meldet, in Anbetracht der Anwesenheit Baldwins und Lord Curzons nicht stattfinden. Die Note umfaßt 27 Seiten. Obwohl man über die Aufnahme, die die belgische Note in höchsten offiziellen Kreisen gefunden hat, noch nichts Endgültiges sagen kann, so hat es doch zunächst den Anschein, als ob sie hier keine große Verurteilung erweckt habe. Wie gewöhnlich, wird der freundschaftliche Ton der Note hervorgehoben und anerkannt. Soweit man aber zu ihrem Inhalt sich äußert, scheint man zu empfinden, daß man anheimend nicht weiter gekommen ist. Nach dem politischen Korrespondenten des „Evening Standard“ steht es fest, daß die englische Regierung nicht die Absicht habe, eine Änderung des in Spa beschlossenen Verteilungsschlüssels für die Reparationen anzunehmen. Denn hierdurch würde u. a. auch Italien geschädigt werden. Genaue Kenntnis über die englische Regierung in der Frage der Priorität der belgischen Ansprüche von ihrer bisherigen Haltung abweichen. Denn die englische Regierung sei nach wie vor der Ansicht, daß Belgien bereits 7,5 Millionen Pfund von der ihm zustehenden Prioritätsforderung von 100 Millionen erhalten habe, sehr fair behandelt worden sei. Diese beiden Fragen, der Prozentfuß von Spa und die belgische Priorität, seien die hauptsächlichsten Gründe, weshalb die englische Regierung die finanziellen Anregungen Belgiens nicht annehmen könne. Ähnliche Mitteilungen macht das Reuters-Bureau, das hinsichtlich, daß die belgische Note die finanzielle Seite der Reparationsfrage „beträchtlich entwickle“, so daß die Note sorgfältig von den Finanzsachverständigen der Regierung geprüft werden müsse; ein endgültiges Urteil könne noch nicht gefällt werden. „Evening Standard“ weist sodann noch auf einige Äußerungen der belgischen Note hin, die gar nichts oder sehr viel bedeuten könnte. Belgien drückte den Wunsch nach freundschaftlichen Verhandlungen der Premierminister“ aus. Hierzu sagt das Blatt, wenn die Möglichkeit von Zugeständnissen bestünde und wenn die belgische Note sich für freundschaftliche Verhandlungen nicht ablehnen würde. Wenn aber die französischen und belgischen Ansprüche scharf und unerbittlich seien, und wenn die französische und die belgische Regierung nicht die Absicht haben, die in ihren Noten angenommene Haltung zu ändern, dann sei eine Verständigung nicht möglich. Ein Rückfall in die Scheimpolitik sei durchaus abzulehnen, falls Frankreich und Belgien nicht den deutschen und England entgegengeben, zu einer Einigung zu gelangen und England entgegen zu kommen. Die Äußerungen Belgiens über die Ruhrbesetzung seien keineswegs bedrückend, und Frankreich der Finanzsachen betreffe, so scheinen Belgien und Frankreich der Ansicht zu sein, daß England als erster zahlen müsse, um als letzter bezahlt zu sein. (Siehe auch Seite 4.)

Wirtschaftliche Notwendigkeiten.

Das Lohnproblem. — Die Frage der Arbeitslosenversicherung.

Von Erich Dombrowski.

Die deutsche Wirtschaft hat während des Krieges, als sie sich völlig umstellen mußte, Hervorragendes geleistet. Auch den militärischen und politischen Zusammenbruch, der sie in seinem Strudel zu versinken drohte, wachte sie mit bewundernswerter Elastizität zu überleben. Jetzt ist sie vor eine dritte gewaltige Belastungsprobe gestellt. Die Papiermarkführung hat sich totgelaufen. Eine neue Festmarkführung verdrängt sich, vorläufig noch vorfristig tastend, durchzuringen. Durch diese kritische Uebergangszeit, in der wir uns heute befinden, müssen wir hindurch. Die Warenpreise und Löhne haben, bei der dauernden Entwertung der Mark, geradezu einen Wettlauf begonnen. Beide Parteien, die Produzenten und die Arbeitnehmer, versuchen feuchend Schritt mit der immer wilder davonrollenden Mark zu halten und in ihre Berechnungen immer gleich Voraussetzungen eines weiseren Marktes hineinzufaktulieren. Diese allgemeine Spekulation auf eine Baize hat der Mark den letzten Stoß versetzt. Die Inflation hat einen solchen Umfang angenommen, daß bereits in der Woche über sechs Billionen Mark gedruckt und in den Verkehr gebracht werden. Das Papiergeld hat seinen Wert eingebüßt, und jeder ist bemüht, es so rasch wie möglich in Sachwerte umzuwandeln.

Das neue Programm der Regierung hat zwei Wege eingeschlagen, um dieser unheilvollen währungspolitischen Entwicklung zu begegnen. Auf der einen Seite sollen die gewaltigen Ausgaben beschränkt werden. Die Beamtengehälter werden nach der Minderung hin revidiert werden, bis alle zehn oder vierzehn Tage genötigt ist, die Bezüge dem jeweiligen Kursstand der Mark anzupassen. Gewiß wird noch eine Reihe anderer Maßnahmen notwendig sein, um der ungeheuer angeschwollenen Ausgabenetats des Reiches zu widerstehen. Weichen im Vorbergehen keine Farbentzüge auf. Aber über kurz oder lang wird der gesamte bürokratische Apparat doch einer strengen Durchsicht unterzogen werden müssen, da das deutsche Volk nach dem verlorenen Kriege, wie sich jetzt herausstellt, einfach nicht in der Lage ist, diese weit über seine Bedürfnisse hinausgehende kostspielige Verwaltungsmaschinerie aufrechtzuerhalten. Auch das Gebiet der Pensionen wird dabei nicht unberührt bleiben dürfen. Gewiß können wir jeden Offizier und Beamten, der im Ruhestand lebt, die Bezüge, auf die er einen gesetzlichen Anspruch hat. Es fragt sich aber doch, ob der Staat eine moralische Verpflichtung hat, auch all den vielen Offizieren und jüngeren politischen Beamten, die aus dem Staatsdienst ausgeschieden, revidierte Pensionen in der Privatwirtschaft bescheiden, noch die Pension draufzuzahlen. Dieses Thema ist ja schon wiederholt erörtert worden und es wird so lange nicht von der Tagesordnung verschwinden, als der Staat sich in einer verwerflichen finanziellen Lage befindet. Auf der anderen Seite versucht die Regierung durch die neuen Steuern, durch die innere Goldanleihe und durch die Abgabe von Zinsen aus Privatbesitz Dämme gegen die schier unaufhaltbare Inflation aufzuwerfen. Als drittes Moment wird die Einstellung der Steuern auf eine wertebeständige Grundlage, also auf die sogenannte Festmark, in Betracht kommen.

Dieser finanzpolitische Wandlungsprozeß droht die Wirtschaft in ihren Grundfesten zu erschüttern. Die neuen Steuern entziehen den Unternehmungen auf einen Schlag große Summen. Die Kredite, die sie bisher fast uneingeschränkt von der Reichsbank erhielten, sind zusammengeknirscht und sollen künftig fast nur noch wertebeständig abgegeben werden. Zugleich erfordern die höchst gewaltig anschwellenden Löhne Darlehen, die bei der allgemeinen Zahlungsmittelnot, kaum noch aufzubringen sind. Soweit würde es sich, im Grunde genommen, nur um ein geldpolitisches Problem handeln, das vielleicht in einiger Zeit gelöst werden könnte. Aber die gehäuften Ansprüche an die Unternehmungen führen automatisch zu fortwährenden Preisverhärterungen, um die Betriebe, wenn auch nicht im Augenblick unbedingt rentabel, so doch wenigstens liquide zu erhalten. Doch eines Tages muß der Moment eintreten, da die Konjunktur die hohen Preise nicht mehr bezahlen wollen oder können. Vor allem das Ausland. Jetzt schon hat, von der Kohle angefangen, eine ganze Reihe von Produkten, nicht nur das Preisniveau des Weltmarktes erreicht, sondern sogar überdritten. Der deutsche Export ist ernstlich bedroht und damit auch, in natürlicher Wechselbeziehung, der Import von Rohstoffen und Lebensmitteln. Hatte das Ausland in der jüngsten Vergangenheit wiederholt Gelegenheit, infolge der billigeren Preise Deutschlands „auszukaufen“, so droht jetzt eine Ueberflutung mit fremden Waren, die es in eine noch